

Autor: Von Heidi Geyer
Seite: 4 bis 4
Ressort: Politik
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 20.236 (gedruckt)¹ 20.014 (verkauft)¹
 20.949 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,059 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 01/2023

² von PMG gewichtet 7/2022

Die Mini-Minister

Die Beauftragten der bayerischen Staatsregierung sind der Opposition ein Dorn im Auge. Die Kritik: Diese Sonderstellen kosten nur, die Amtsinhaber bewirken aber kaum etwas

In der Wirtschaft gilt der Spruch: „Wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann gründe ich einen Arbeitskreis.“ So werden gerne Themen, die lästig oder schwer zu platzieren sind, an ein Gremium delegiert. In der bayerischen Staatsregierung gilt das ebenso – zumindest aus Sicht der Opposition.

Acht Beauftragte der Staatsregierung leistet sich Bayern: für Bürger, Bürokratieabbau, Integration, Antisemitismus, Ehrenamt, Belange von Menschen mit Behinderung, Patienten und Pflege sowie Aussiedler und Vertriebene. Jedem dieser Beauftragten stehen ein Büro und Mitarbeiter zur Verfügung.

FDP: Kosten sechsmal höher als ausgewiesen

Zum Missfallen der FDP. Helmut Kaltenhauser, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, kritisiert etwa, dass die Kosten nicht transparent seien, und hat daher 2022 eine Anfrage gestellt. Das Ergebnis sei, dass die Kosten weit höher liegen als angegeben: „Tatsächlich sind die Kosten – zum Beispiel für den Bürokratiebeauftragten – sechsmal höher als offiziell ausgewiesen. Das ist ein bewusstes Hinterters-Licht-Führen der Öffentlichkeit.“ In den Haushaltsdebatten sei es immer nur um Entschädigungen für die Beauftragten gegangen.

Die bayerische Ehrenamtsbeauftragte Eva Gottstein (Freie Wähler) hat in ihrem ersten Tätigkeitsbericht von 2018 bis 2019 (ein aktueller wird derzeit erstellt) vor allen Din-

gen zahlreiche Termine gelistet, die sie besucht hat. So soll das Ehrenamt mehr Wertschätzung erfahren. Von 40 Jahren Seniorenbeirat in Regensburg bis zum Asylhelfertreffen in Wertingen sind vielfältige Termine dabei.

Außerdem stellt Gottstein auf ihrer Website das „Ehrenamt der Woche“ vor. Zudem ist Gottstein laut Bericht als unparteiische Ombudsfrau Ansprechpartnerin. Die Beauftragte setzte sich auch politisch ein, etwa für die Erhöhung der Ehrenamtszuschale. 229 000 Euro hoch waren die Personalkosten für Gottsteins Büro 2021 laut einer Antwort der bayerischen Staatsregierung.

Grüne: „Wieder mal nur Show für teures Geld!“

2 300 Bürgeranfragen hat Michael Hofmann (CSU) von Juli 2021 bis Juni 2022 bekommen. Etwa, dass ein städtischer Baum eine Dachrinne verstopft, die Kommune aber keine Kosten für die Reinigung übernehmen will, wie es in einem Video beschrieben ist. Oder die eines Vaters, dem „vom zuständigen Landratsamt horrendes Bußgeld auferlegt wurden, weil er seine schwerbehinderte Tochter in der Schule nicht auf Covid-19 testen lassen wollte“, heißt es in seinem Rechenschaftsbericht. Außerdem habe Hofmann unter anderem gemeinsam mit Ministerpräsident Markus Söder (CSU) im Januar 2022 in allen sieben Regierungsbezirken ein neues Format von Bürgergesprächstunden durchgeführt. Im Gegenzug beliefen sich die Perso-

nalkosten des Bürgerbeauftragten im Jahr 2021 auf 505 000 Euro. Rechtfertigen 2 300 Bürgeranfragen diesen Personalaufwand?

Aus Sicht der FDP nicht. Sie will die Beauftragten abschaffen, lediglich den Posten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus sowie diejenigen für Integration und für die Belange von Menschen mit Behinderung beibehalten.

Claudia Köhler, haushaltspolitische Sprecherin der Landtags-Grünen sieht in den Beauftragten nur eine „künstliche Erweiterung des Kabinetts, meistens für Abgeordnete der Regierungsfaktionen, für die kein Ministerposten mehr übrig war“. Teuer seien sie, obwohl sie nicht die Kompetenzen von Ministern haben. „Sie sollen diejenigen Themen bedienen, für die Söders Politik keine Lösungen bietet: Ehrenamt, Integration, Bürokratieabbau und andere. Wieder mal nur Show für teures Geld!“

Ein hartes Urteil fällt auch SPD-Fraktionsvorsitzender Florian von Brunn. „Die sogenannten bayerischen Beauftragten der Staatsregierung kosten die bayerischen Steuerzahler über drei Millionen Euro im Jahr.“ Viel Geld und Aufwand. „Einen echten Nutzen für die Menschen in Bayern bringen sie aber nicht.“ Dieses Geld könne man besser investieren, etwa in bezahlbares Wohnen, Schulen und Kliniken.

Von Brunn spricht von „reinem Postengeschacher“

Die Rolle der Freien Wähler ist interessant. „Über die neuen ‚Staats-

sekretäre light‘ spotten selbst Teile der CSU-Fraktion“, sagte ihr damaliger Generalsekretär und heutiger Kultusminister Michael Piazolo noch 2018 vor der Landtagswahl. Besonders problematisch sei, dass Söder die Beauftragten „ohne jegliche gesetzliche Grundlage eingesetzt hat“, kritisierte er damals. Sogar Verfassungsklage hatte seine Partei eingelegt, die aber, nachdem die Freien Wähler gemeinsam mit der CSU regieren wollten, passé war.

Heute kommen von Piazolo andere Töne: „Wir Freie Wähler haben die Beauftragten der Staatsregierung lange kritisch gesehen, was aber vor allem an der fehlenden gesetzlichen Grundlage lag. Inzwischen haben wir Freie Wähler dafür gesorgt, dass

mit dem ‚Gesetz über die Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung‘ eine solche verabschiedet wurde.“ Nun seien deren Anzahl sowie deren Aufgaben begrenzt. „In dieser Weise sind sie deshalb eine Bereicherung und sinnvolle Unterstützung für das Kabinett“, sagte Piazolo unserer Redaktion.

Für von Brunn riecht es „nach reinem Postengeschacher, um CSU- und Freie-Wähler-Politikern zusätzlich Pfründe zu sichern. Und das, obwohl die eh schon im Landtag sitzen.“

Einer, der von Söder jäh aus dem Amt geworfen wurde, war der frühere Kultus- und Wissenschaftsminister Ludwig Spaenle (CSU). Der ging nach Söders Amtsantritt leer aus, obwohl das Ministerium geteilt

und an Bernd Sibler (CSU) und Marion Kiechle übergeben wurde. Heute ist Spaenle der Beauftragte gegen Antisemitismus.

Aus der Staatskanzlei kommt jedoch großes Lob für die Beauftragten. „So regen sie beispielsweise ressortübergreifend Verbesserungen an, wirken an bayerischen Gesetzesentwürfen und Konzepten mit, stehen im Austausch mit kommunalen Vertretern, Verbänden und anderen Organisationen oder informieren zu Fragen in ihrem Aufgabenbereich“, teilte ein Sprecher mit. Auch wenn andere Bundesländer keine Beauftragten in dem Umfang wie Bayern haben, scheint man hier von deren Zweck überzeugt: „Die Beauftragten sind ihrer Aufgabe vorbildlich nachgekommen.“

Fotograf:	Matthias Balk
Abbildung:	Die Beauftragten der Staatsregierung (v. l.): Eva Gottstein (Freie Wähler, Ehrenamt), Ludwig Spaenle (CSU, Antisemitismus), Holger Kiesel (SPD, Menschen mit Behinderung) und Sylvia Stierstorfer (CSU, Aussiedler und Vertriebene).
Fotograf:	Bayerische Staatskanzlei
Fotograf:	Sven Hoppe
Fotograf:	Bayerische Staatskanzlei
Fotograf:	Landtag
Fotograf:	Bayerische Staatskanzlei
Abbildung:	Auch sie haben dieses Amt inne (v. l.): Michael Hofmann (CSU, Bürger), Gudrun Brendel-Fischer (CSU, Integration), Peter Bauer (Freie Wähler, Patienten und Pflege) sowie Walter Nussel (CSU, Bürokratieabbau). Archivfotos: Staatskanzlei (5), dpa (3)
Fotograf:	Bayerische Staatskanzlei
Fotograf:	Bayerische Staatskanzlei
Wörter:	870
Urheberinformation:	Alle Rechte vorbehalten - Zeitungsgruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung
Ort:	München